

Leuthard setzt auf Stromimporte aus der EU

Gleichzeitig sollen «Reservekapazitäten» im Inland eingekauft werden, um Stromausfälle zu verhindern

Von Dominik Feusi, Lausanne

Bundesrätin Doris Leuthard und ihr Bundesamt für Energie (BfE) sandten gestern ein unmissverständliches Signal zur Zukunft der Stromversorgung aus. Die Versorgung der Schweiz mit Strom sei bis zum Jahr 2035 gesichert.

Untermuert wurde die Behauptung durch eine im Auftrag des BfE von der Universität Basel angefertigte Studie, welche zahlreiche mögliche Szenarien untersuchte. Mit den wahrscheinlichsten Szenarien wäre die Schweiz bis 2035 auch im Winter mit Strom versorgt, sagt die Studie, also auch dann, wenn wir traditionell Strom importieren müssen. Grund sind zusätzliche Importe von Kohle- und Atomstrom aus dem umliegenden Ausland, welche spätestens mit dem Abschalten des Kernkraftwerks Mühleberg bei Bern die grösser werdende Lücke füllen sollen.

Reservekapazität einkaufen

Deutschland wird gemäss dem Verband der europäischen Netzwerkbetreiber schon im Winter 2019/2020 zum Stromimporteur und muss die Leistung eines Kernkraftwerks importieren. Frankreich wird ab 2025 die Leistung von rund fünf Kernkraftwerken importieren. Italien ist bereits jetzt ein Stromimporteur. Wer beliefert uns dann mit Strom?

Gemäss der am Anlass verteilten Zusammenfassung der Studie gehen die Autoren davon aus, dass der Rückgang der Produktion von Kernkraft in Deutschland und Frankreich und der Rückgang in der Produktion in italienischen Gaskraftwerken durch den Ausbau der Produktion aus erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne wettgemacht wird.

Das Problem dieser Annahme sind einerseits die politischen Risiken, gerade in Frankreich oder Italien, ob derart viel erneuerbare Produktionsstätten überhaupt gebaut werden. Andererseits bleibt das Problem, dass die Erneuerbaren nur Strom liefern, wenn der Wind bläst und die Sonne scheint. Die Schweiz wird also abhängig vom Wetter anderswo.

Vermutlich deshalb will selbst Leuthard eine «Reservekapazität» in Ausschreibungsverfahren einkaufen, damit während «Stunden und Wochen», in denen trotz allem kein Strom importiert werden kann, kein Blackout passiert. Diese «Reserve» dürfte teuer werden und auf der Stromrechnung der Konsumenten landen. Eine konkrete Zahl wurde gestern nicht genannt.

Der Forderung der Stromkonzerne nach «Kapazitätsmärkten», also dass sie alleine für die Bereitstellung von Kraftwerken bezahlt werden, ohne Strom zu liefern, erteilte Leuthard eine Absage. Sie wolle nicht mehr Subventionen und nicht mehr Regulierung.

Leuthard stellt sich mit der vorgeschlagenen Importstrategie gegen den von ihr eingesetzten Präsidenten der Elektrizitätskommission Elcom, den früheren CVP-Ständerat Carlo Schmid, der eine Importstrategie rundweg ablehnt, weil sie «nicht funktioniere». Zudem steigt die Auslandsabhängigkeit der Schweiz. Selbst gemäss den Daten des Bundesamtes für Energie aus dem Abstimmungskampf sind es nicht nur «Stunden und Wochen», sondern bis zu acht Monaten pro Jahr, in denen die Schweiz Strom importieren muss.

Zudem geht Leuthards Strategie nur mit einem baldigen Stromabkommen mit der EU auf. Das sei die entscheidende Frage, sagte die Bundes-

rätin am Schluss der Veranstaltung. Ein Stromabkommen gibt es offiziell allerdings nur mit einem institutionellen Rahmenabkommen, und dieses steckt in Verhandlungen fest.

Abhängig von der EU

Die EU-Kommission entsandte den Deutschen Oliver Koch an den Anlass, der zwar sagte, die Schweiz sei «entscheidend für bezahlbaren und sicheren Strom für Europa». Die Zusammenarbeit mit der Schweiz sei von «allergrösster Wichtigkeit». Die Schweiz sei allerdings «in der Energiewende gefangen». «Da die Schweiz mit Deutschland verbunden ist, muss sie da mitmachen», meinte Koch. Auf die zahlreichen Diskriminierungen, welche die EU im Strommarkt der Schweiz aufgelegt hat, ging Koch mit keinem Wort ein.

Zahlreiche Anwesende aus der Branche und von den Kantonen äusseren sich zurückhaltend bis skeptisch zum von Leuthard verbreiteten Optimismus zur Versorgungssicherheit. Thomas Sieber, Verwaltungsratspräsident der Axpo, sagte, eine Importstrategie setze die Bereitschaft der Nachbarn voraus, zu helfen. Der Bündner Regierungsrat und Präsident der Energiedirektorenkonferenz unterstützte diesen Gedanken und forderte auf, den «Selbstversorgungsgrad zu halten». Dies dürfte allerdings spätestens mit dem Abschalten des Kernkraftwerks Mühleberg auf neue Gaskraftwerke hinauslaufen, etwas, was das BfE noch vor der Abstimmung über die Energiestrategie zugegeben hatte, dann aber eiligst von der Webseite entfernt hatte.

«Sicher, sauber, schweizerisch», so lautete Leuthards Abstimmungslogan zur Energiestrategie. Gestern wurde klar, dass die Stromzukunft nicht



Nicht besonders schweizerisch. Wenn die Windräder hierzulande nicht drehen, will Doris Leuthard Strom aus dem Ausland importieren. Foto Keystone

besonders schweizerisch und wegen der nötigen Importe von Kohle- und Atomstrom auf mittlere Sicht auch nicht sauber sein wird. Die Ausland-

abhängigkeit der Schweiz nimmt zu. Und auch, ob die Stromversorgung sicher sein wird, hängt vom Goodwill der EU und der Nachbarn ab.

Nachrichten

Runder Tisch zur Altersvorsorge

Bern. Die Vorstellungen über eine neue Reform der Altersvorsorge gehen weit auseinander. Das hat Bundesrat Alain Berset nach einer Gesprächsrunde mit den relevanten Akteuren festgestellt. Einig sei man sich lediglich darin, dass es eine Reform brauche, sagte der Gesundheitsminister. In den Gesprächen mit Vertretern von Parteien, und Sozialpartnern seien 27 Positionen präsentiert worden. Berset will die verschiedenen Positionen analysieren. SDA

Wenig Spenden für politische Kampagnen

Bern. Menschen spenden hierzulande im Schnitt mehr für klassische Hilfsorganisationen als für politische Initiativen und Kampagnen. Dies zeigt eine neue Studie, welche die Online-Spenden im letzten Jahr unter die Lupe genommen hat. Die durchschnittliche Online-Spende für die Politik beträgt 76 Franken pro Jahr. Die Höhe der Zuwendungen für andere Organisationen belief sich 2016 auf 125 Franken. SDA

Gelder von Makhlouf bleiben blockiert

Lausanne. Die Gelder von Rami Makhlouf, Milliardär und Cousin des syrischen Machthabers Bashar al-Assad, bleiben auf den Schweizer Konten blockiert. Das Bundesgericht hat einen entsprechenden Entscheid bestätigt. Bereits das Bundesverwaltungsgericht hatte eine Beschwerde Makhloufs im Juni 2015 abgewiesen. SDA

Gewerkschaft gelangt an Wettbewerbskommission

Zürich. Der Zürcher Medienkonzern Tamedia missbrauche seine marktbeherrschende Stellung, ist der Berufsverband der Schweizer Journalistinnen und Journalisten Impressum überzeugt. Die Gewerkschaft ruft deshalb die Wettbewerbskommission an. Diese soll feststellen, in welchen Regionen der Schweiz die Tamedia über eine marktbeherrschende Stellung verfügt. SDA

Trendwende im Lehrerzimmer

Überalterung nimmt ab

Neuenburg. Die massenweise Pensionierung von Lehrkräften hat offenbar das Maximum erreicht und soll in den nächsten Jahren zurückgehen. Der Bedarf an neuen Pädagogen dürfte höchstens noch leicht steigen. In den letzten 20 Jahren ist der Lehrkörper an den obligatorischen Schulen der Schweiz sichtbar ergaut. Seit 1998 stieg Anteil der Erzieher ab 50 Jahren von einem Fünftel auf über ein Drittel. Entsprechend gingen immer mehr Lehrerinnen und Lehrer in Rente. Für 2017 werden gut 40 Prozent mehr Pensionierungen erwartet als 2010, nämlich über 3600.

Jetzt gibt das Bundesamt für Statistik (BFS) Entwarnung. Gemäss den am Freitag veröffentlichten Modellrechnungen dürfte der Anteil der älteren Lehrer gegen 2020 auf rund 30 Prozent sinken. Die Zahl der Austritte soll sowohl auf Primarstufe als auch auf Sekundarstufe I allmählich abnehmen, bis 2025 auf insgesamt etwa 3100.

Entspannung bei neuen Lehrern

Eine Entspannung zeichnet sich auch beim Bedarf an neuen Lehrkräften ab. Auf Primarstufe wird er gemäss dem Referenzszenario des BFS bis 2025 insgesamt stabil bleiben, dies trotz einem Anstieg des Schülerbestandes. Für die Sekundarstufe I wird bis 2022 mit einer leichten Zunahme von etwa 7 Prozent gerechnet. Bis 2025 dürfte dann wieder der Stand von 2017 erreicht werden.

Allerdings gibt es beim erforderlichen Nachwuchs ebenso wie bei den Pensionierungen und den Schülerzahlen grosse Unterschiede je nach Kanton. So wird auf Primarstufe in 17 Kantonen zwischen 2018 und 2021 ein steigender Personalbedarf erwartet. Für Basel-Stadt, Graubünden, Thurgau und Appenzell Innerrhoden sagt das BFS sogar einen Anstieg um über 15 Prozent voraus. Auf Sekundarstufe I wird im Zeitraum 2018-21 in 22 Kantonen ein steigender Bedarf an neuen Lehrkräften prognostiziert. Zunahmen um über 15 Prozent gäbe es demnach in Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt, Glarus, Luzern, Basel-Landschaft, Bern und Schaffhausen. SDA

ANZEIGE

Damit Sie Ihr Büro überall dabei haben.

Unsere digitalen Lösungen für KMU.

Wo auch immer Sie gerade arbeiten, mit unseren Lösungen haben Sie Ihre Dokumente, Termine und Kontakte stets aktualisiert bei sich.

Gestalten Sie mit uns die Zukunft Ihres Unternehmens.





Jetzt kostenlos beraten lassen

0800 055 055

swisscom.ch/digital